



AMERIKA/VEREINIGTE STAATEN - Religionsvertreter an den Gouverneur von Alabama: „Ungerechte Zuwanderungsgesetze bedürfen einer Revision“

Alabama (Fidesdienst) – Vertreter christlicher Religionsgemeinschaften in Alabama wandten sich in einem gemeinsamen Schreiben an den Gouverneur des Staates, Robert Bentley. In ihrem Schreiben bekräftigen die Religionsvertreter, dass sie für den Gouverneur beten, damit er politischen Mut unter Beweis stellen möge und die Änderung oder Abschaffung der Zuwanderungsgesetze im Staat Alabama durchsetzen kann. Ohne dabei eine Abschaffung direkt anzusprechen bezeichneten sie das Zuwanderungsgesetz als „ungerecht“. Zuvor hatten die christlichen Religionsvertreter beim zuständigen Bundesgericht bereits einen schriftlichen Einspruch gegen das Gesetz eingereicht.

Dem Schreiben, indem die Religionsvertreter ihre Gebete versichern waren Rechtsklagen, öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen vor der Residenz des Gouverneurs in Montgomery voraus gegangen, an denen hunderte Gegner des Gesetzes teilgenommen hatten.

Wie aus Informationen hervorgeht, die dem Fidesdienst vorliegen, räumte auch das Büro des Gouverneurs öffentlich ein, dass die Zuwanderungsgesetze geändert werden müssen, ohne sich direkt gegen die Bestimmungen auszusprechen. Die katholische Kirche äußerte sich bereits in der Vergangenheit mehrmals zu dem Thema und die Bischöfe Amerikas unterstützen die Position der Religionsvertreter (vgl. 20/09/2011). Das Problem der Migration wird von vielen als ein nationales Problem betrachtet. (vgl. Fidesdienst, 21/11/2011). (CE) (Fidesdienst, 20/12/2011)